

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 21.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 10. Oktober 1896.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten - Annahme 10 Pf. Redaktion u. Verlag: Schmiebedstr. 15.

5. Jahrg.

Aus dem preussischen Fabrikinspektionsbericht für 1895.

Der preussische Jahresbericht für 1895 enthüllt ein wahrhaft klägliches Bild der preussischen Gewerbeaufsicht, das des größten deutschen Einzelstaates völlig unwürdig ist. Zwar hat Preußen mit seiner Gewerbeaufsicht noch niemals prunkten können, aber nach der großen Reorganisation vor wenigen Jahren hätte man nachgerade doch einen höheren Aufschwung erwartet. Aber während die Öffentlichkeit immer lauter von Reformforderungen widerhallt, schleicht die starre Bureaucratie träge in ihren ausgefahrenen Geleisen dahin, unbekümmert darum, ob der Stillstand zum offenbaren Rückschritt wird und ob darunter das Ansehen Preußens leidet. So ist natürlich von irgend welchen, gerade in Preußen höchst dringlichen Reformen keine Spur zu entdecken; die Beamtenzahl genügt trotz der im Berichtsjahr erfolgten Vermehrung von 173 auf 176 nicht entfernt dem wahren Bedarfe; die Kesselrevision sächsischer Gerüstwerke belastet und verschlechtert die Arbeiterschutzkontrolle und die Statistik zeigt einen geradezu trostlosen Zustand, denn es fehlt nicht nur gänzlich die Statistik der Betriebe und der erwachsenen Arbeiter, sowie der Unfälle und gewisser Arbeiterschuldsvergehen, sondern auch das lüdenhafte Material kann noch nicht einmal den Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben, da die Gewerberäthe selber mehrfache Unrichtigkeiten feststellen und an den der Statistik zu Grunde liegenden polizeilichen Ermittlungen scharfe Kritik üben. In Preußen sind nämlich die unteren Polizeibehörden mit den statistischen Erhebungen betraut, und diese haben sich, wie bei so vielen anderen gewerbebehördlichen Aufgaben, auch hierbei ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Trotz dieser erwiesenen Unfähigkeit und trotz der Einbuße, welche die Gewerbeaufsicht darunter erleidet, wird der ungeliebte Dualismus zwischen Inspektion und Polizei aufrecht erhalten, um die erstere vor jeder unabhängigen und höheren Entwicklung zurückzubremfen und das Unternehmertum vor jeder ernstlichen Durchführung des Arbeiterschutzes und der daraus entstehenden Beunruhigung zu bewahren.

Das Fehlen der Betriebs- und Arbeiterzählung, soweit dies die erwachsenen Männer betrifft, wird um Manches erklärlicher, wenn wir die Revisionsfähigkeit der Gewerbeinspektoren einer näheren Prüfung würdigen. Da finden wir, daß in 11 von 27 Aufsichtsbezirken, deren Berichte diesbezügliche Angaben enthalten, das Verhältnis der revidierten Betriebe zur Gesamtzahl zwischen 17,3% (Trier) und 51% (Magdeburg) schwankt, und daß selbst der engbegrenzte Bezirk Berlin nur 49,5% aller Betriebe und 57,5% der Arbeiter als revidiert aufweist. Mit Recht kann man darnach sagen, daß es für die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung amtlicher Statistiken Gründe giebt, von denen sich manche Schulmeister nicht träumen läßt. Zwar steht der Prozentsatz der revidierten Arbeiter allgemein höher, denn er schwankt in 20 Bezirken mit diesbezüglichen Angaben zwischen 44,9% (Siegmaringen) und 90% (Arnsberg); aber für das wahrhaft klägliche Revisionsverhältnis in Preußen ist das noch lange keine Ehrenrettung, denn das beweist bloß, daß vorzugsweise die größeren Betriebe revidiert wurden, während gerade die kleineren mit ihren erfahrungsgemäß weit schlimmeren Zuständen am ehesten der Revision bedürftig sind.

Unter der Vorherrschaft der Kesselrevision kann freilich die Bevorzugung der Großbetriebe, also der Dampfmaschinen, Niemand Wunder nehmen; wie sehr dieser unglückselige kapitalistische Handlangerdienst die Arbeiterschutzkontrolle beeinträchtigt, geht daraus hervor, daß von 20 Bezirken mit diesbezüglichen Zahlenangaben in 11 die Zahl der revidierten Betriebe hinter der Kesselrevisionsziffer zurückbleibt. Das betrifft aber nur die zeitliche Einbuße; die technische, d. h. die praktische Einbuße, die der wahre Zweck der Gewerbeaufsicht dabei erleidet, läßt sich nur schwer abschätzen. Während aber noch im vorjährigen Berichte mehrere Gewerberäthe gegen den Kesseldienst remonstrirten, enthält der neue Berichtsband keine derartige Kundgebung mehr; vielleicht ist den Beamten die Ausichtslosigkeit solcher Gegenäußerungen von leitender Stelle aus nahegelegt worden. Der als unvermeidlicher Lobredner des Kesseldienstes bekannte Erfurter Beamte fühlte sich jedoch auch diesmal berufen, für sein Viehlings-Steckpferd eine Lanze zu brechen; sein Ausfall deckt jedoch gerade erst die Klüften der unpraktischen Verbindung auf und ist daher weit entfernt, unsere gewichtigen Bedenken gegen

den staatlichen Kesseldienst zu entkräften. Netze Zustände müssen in Dortmund herrschen, wo eine gewisse Tagespresse es als ihre Aufgabe erachtete, die Unternehmer von den bevorstehenden Revisionen zu benachrichtigen. Auch der Arnsberger Bericht giebt zu, daß dadurch der Zweck der Revisionen erheblich beeinträchtigt wurde.

Die alljährlich im Dezember stattfindende Arbeiterzählung umfaßt in Preußen nur die weiblichen und jugendlichen Arbeiter; nur in den revidierten Betrieben werden auch die erwachsenen Arbeiter gezählt; ein Verfahren, das natürlich die statistischen Büden nicht ausfüllen kann, da diese Zählung an keinen einheitlichen Termin gebunden ist. Wenn wir übrigens auf die Vollständigkeit der preussischen Arbeiterstatistik so lange warten sollten, bis alle Betriebe wenigstens 1 Mal jährlich revidiert worden sind, so kann das nach den bisherigen Erfahrungen bis zum Nimmerleinstage dauern. Die Ergebnisse der letzten Arbeiterzählung sind folgende: a) Arbeiterinnen 302 628 (287 824)* in 15 549 (15 461) Anlagen, davon 123 774 (118 079) unter und 178 854 (169 745) über 21 Jahren; b) Jugendliche: 111 777 (106 713) in 20 747 (19 577) Anlagen, davon 14- bis 16-Jährige 76 021 (72 545) männliche und 34 954 (32 341) weibliche, sowie 802 (827) Kinder unter 14 Jahren. Revidiert wurden in 37 258 Betrieben 1 005 104 erwachsene Arbeiter und 231 295 Arbeiterinnen, sowie 57 711 männliche und 25 609 weibliche Jugendliche, insgesammt 1 319 779 Arbeiter. Von den insgesammt 48 781 Revisionen fanden 893 Nachts und 2575 Sonntags statt. — Gleichwie bei der sächsischen Zählung, so fällt uns auch bei den preussischen Zahlen die Stagnation der Kinderarbeit ins Auge. Der äußerst geringe Rückgang ist dazu noch sehr problematisch, da gerade die Kinderzählung die unrichtigsten Ergebnisse aufweist; augenscheinlich waltete hierbei die bekannte Methode vor, die auf der Grenze des Fabrikbegriffs stehenden Anlagen mit zahlreichen Kinderhänden nicht als Fabriken einzuschätzen. Zudem muß gegen die preussische Zählung der Vorwurf erhoben werden, daß sie durch den späten Termin die meisten Kinder aus der Statistik verschwinden läßt, da Tausende von Kindern, die vor dem 14. Jahre der Schule entlassen werden, bis zum Dezember die Kinderzählung überschritten haben und der Kinderstatistik demzufolge verloren gehen. Eine Zählung zwischen Mitte April und Anfang Mai würde mindestens die doppelte Kinderzahl in Fabriken ermitteln. Endlich ist aber die gewerbliche Kinderausbeutung damit bei Weitem nicht erschöpft; vielmehr werden Tausende von Kindern und selbst Schulkinder in kleineren Betrieben und im Hausgewerbe bei langer Arbeitszeit und elender Entlohnung abgerackert, worüber der Berichtsband ganz erbauliche Schilderungen publiziert. Im Bezirk Ostpreußen herrscht die hausindustrielle Kinderausbeutung in der Kleider-, Wäsche- und Schirmfabrikation und bei der Herstellung von Fähdholzschachteln, im Bezirk Potsdam in der Textil- und Zigarrenindustrie und ganz besonders schwunghaft in der Neuruppiner Silberbogenfabrikation, deren Arbeitsverhältnisse der Bericht empörende nennt. Leider wird diese Ausbeutung durch ein Reichsgerichtsurtheil begünstigt, welches entschied, daß das Kolortiren der Silberbogen (4—6 maliges Schabloniren bei 4—10 stündiger Arbeitszeit und 15—18 Pf. Lohn pro Ries = 500 Bogen) nicht als Fabrikarbeit zu erachten sei. Daß solche Urtheile, die dem Volksbewußtsein diametral gegenüber stehen, das Ansehen der Rechtsprechung und der Arbeiterschutzgesetze nicht fördern, liegt auf der Hand. Der Merseburger Beamte befürchtet bei strafferer Handhabung des Arbeiterschutzes ein Hineindrängen der Kinderarbeit in die unkontrollirte Hausindustrie, was übrigens schon längst eingetreten ist. Im Bezirk Arnsberg ist die Zahl der in der Nadelindustrie beschäftigten Schulkinder seit 1894 von 600 auf 717 gestiegen und im Bezirk Aachen werden weit über 1000 Schulkinder in dieser Industrie beschäftigt, desgleichen in der Haken- und Deisen-, sowie Knopffabrikation. Entschuldigend fügt der Bericht hinzu, daß mit dem Aufreihen von Nadeln jährlich etwa 60 000 Mk. durch Kinder verdient würden. Als ob damit die Kinderausbeutung zu rechtfertigen wäre. Oder glaubt der Herr Gewerberath, diese Summe würde bei Aufhören der Kinderarbeit den Arbeiterfamilien verloren gehen? Im Gegentheil werden schon heute die Arbeiter durch die zu billige Kinderarbeit um die mindestens gleiche Summe betrogen, die später den weiblichen und jugendlichen Arbeitern mehr zu zahlen wäre. Im Bezirk Koblenz beschäftigt ein

Dütenfabrikant, der auch in seiner Fabrik sehr geringe Löhne zahlt, in einer Gemeinde 2 Familien mit 60 schulpflichtigen und 13 noch nicht einmal schulpflichtigen Kindern, sowie 10 Jugendlichen als Heimarbeiter bei so elenden Akkordsätzen (10—15 Pf. pro 1000 Düten), daß die Leute bis spät in die Nacht arbeiten müssen, um nur 1,20 Mk. täglich zu verdienen, wobei die Kinder täglich 1—2000 Düten, je nach Alter und Kräften, fleben. Der Mindener Beamte verlangt ein völliges Verbot der Zigarren-Hausindustrie, sowohl wegen des Kinderschutzes, als auch aus sanitären Gründen, während der Erfurter Beamte den Fabrikarbeiterschutz auf alle Betriebe ausgedehnt wissen will.

Daß bei diesem lebhaften Kinderkonsum der gesetzliche Kinderschutz nicht allzuungünstig beachtet wird, das gehört zur Charakteristik des Unternehmertums, und in der That finden wir eine Steigerung der Kinderschuldsvergehen bezl. überschrittener 6 stündiger Arbeitsdauer seit dem Vorjahre; bei 802 überhaupt beschäftigten Kindern wurden 253 Vergehen gegen die Arbeitszeit konstatiert; es wurden also 32% der Kinder ungesetzlich beschäftigt, und zwar betrifft dies noch immer bloß die zufällig ermittelten Fälle, die stets nur einen Theil der wirklichen Gesamtzahl darstellen. Dieses erschreckende Uebertretungsverhältnis zeigt, daß die ungesetzliche Kinderausbeutung bereits zu einem wahren System entwickelt ist.

Die Zahl der Jugendlichen ist seit dem Vorjahre um 6089 oder 5,8% gestiegen. Diese allen anderwärtigen Erfahrungen widersprechende Erscheinung beweist die aufsteigende industrielle Entwicklung Preußens und ihr gegenüber die Bedeutungslosigkeit des Jugendschutzes, der allerdings durch die außerordentlich matte Handhabung und mehrfache Suspension der wichtigsten Bestimmungen den Unternehmern nur noch geringe Schwierigkeiten bereitet. Was der Regierung nicht abgetrotzt werden kann, das wird durch Gesetzesumgehungen und dreifache Uebertretungen erreicht und die Praxis der Gerichte ist ja diesen Uebertretern so günstig, daß bei dem geringen Prozentsatz der Bestrafungen der ungesetzliche Profit in der Regel die geringfügige Geldstrafe übersteigt. So zeigt denn auch die Statistik eine ansehnliche Zunahme der Jugendschuldsvergehen seit 1894 von 11 802 auf 12 790 Fälle, die in 4772 Anlagen ermittelt wurden; und für diese Vergehen wurden nur 775 Personen (16,2%) bestraft. Natürlich wird durch eine solche milde Behandlung, die 2/3 der reitenten Gesetzesübertreter unbestraft läßt, der Respekt vor dem Gesetze keineswegs erhöht, was auch die folgenden, in den Berichten erwähnten Beispiele zeigen. So äußerte sich ein Fabrikant im Bezirk Erfurt nach der behördlichen Erinnerung, seinen jugendlichen Arbeitern die Mittagspause unverkürzt zu gewähren: „Der Gewerbeinspektor kommt doch erst in höchstens 1/2 Jahre wieder, und dann ist die Sache längst vergessen!“ Ein anderer Unternehmer that den bezeichnenden Ausspruch: „Nichts sei leichter, als einen revidirenden Polizeibeamten hinter's Licht zu führen!“ Und im Bezirk Potsdam brüskirten 2 Unternehmer den Gewerbeinspektor auf dessen Einspruch hin gegen die ungesetzliche Entziehung der jugendlichen Pausen in dreifacher Weise durch die sofortige demonstrative Entlassung sämtlicher jugendlichen Arbeiter. Indef verfehlte diese Unternehmerrache völlig ihren Zweck, denn der Potsdamer Beamte äußerte sich hierüber höchst befriedigt, da es sich um Werkstätten handelte, in denen die bekannte Unsitte herrschte, eine größere Zahl Lehrlinge zu beschäftigen, nur um den Lohn für erwachsene Arbeiter zu ersparen.“ Ueberhaupt steht das Lehrlingswesen nach dem Urtheil vieler Berichte sehr im Argen; es wird mehrfach von Lehrlingszüchtereien und von mangelhafter Ausbildung der Lehrlinge, namentlich in kleineren und handwerksmäßigen Betrieben berichtet und das leichtsinnige Gebahren der Eltern bei Entziehung von Lehrverträgen gerügt, welches später in der Regel zu vorzeitiger Lösung des Lehrverhältnisses führe. Die Eltern seien meist froh, wenn sie ihre Söhne nur irgendwo untergebracht hätten. Von der Befugniß des § 119a der Gewerbe-Ordnung, für Minderjährige besondere Vorschriften über die Lohnauszahlung an deren Eltern zu erlassen, haben verschiedene Gemeinden in den Bezirken Merseburg, Arnsberg und Düsseldorf Gebrauch gemacht, ohne jedoch dadurch die Sympathieen der Unternehmer oder Arbeiter zu finden. Die Ersteren entziehen sich den daraus folgenden Unbequemlichkeiten meist durch die Forderung eines Zertifikats der Eltern, wonach diese gegen die direkte Lohnzahlung an ihre unmündigen Angehörigen nichts einzuwenden haben. In Gasse i. W.

*) Die eingeklammerten Ziffern betreffen die 1894er Zählung.

ist das Ortsstatut wirkungslos geblieben, weil die Unter-nehmer nur solche Minderjährige einstellen, denen laut Zeugnis der Vornahme direkt verabsichtigt werden kann. Eine wahre Bevormundungsmanie scheint im Bezirk M.-Glabach, dem Wirkungskreis der bekannten Pfarrer Weber und Hise, zu herrschen, da dort nicht bloß viele Arbeitsordnungen, Vorschriften über die Lohnzahlung für Minderjährige enthalten, sondern 79 von 415 Arbeitsordnungen auch noch solche Minderjährige mit sofortiger Kündigung bedrohen, die gegen den Willen der Eltern und ohne Erlaubnis des Fabrikherrn außerhalb des Elternhauses Wohnung nehmen; außerdem sollen alle an Minderjährige in der Fabrik einlaufenden Briefe an deren Eltern ausgeliefert werden. Solcher Ordnungsfanatismus, der zwar die Vortheile der frühzeitigen Ausbeutung und der Freizügigkeit der Arbeiter einheimst, aber deren üble Wirkungen nicht mit in Kauf nehmen will, wird natürlich gegenüber den Umwälzungen des Fabrikwesens wirkungslos bleiben.

Die Zahl der Arbeiterinnen ist um 14804 oder 4,8% gestiegen. Eine Abnahme fand nur in der Maschinenindustrie und in der Industrie der Steine und Erden statt, in ersterer infolge des Erlasses durch ungeschulte Männer, um bei dem lebhaftesten Aufschwunge von dem Maximal-Arbeitsstage unabhängig zu sein, in letzterer zufolge der Zuegelvorschriften. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen bewegt sich zumeist an der Höchstgrenze des Maximal-Arbeitsstages; nur in einzelnen Großstädten, und auch da nicht in allen Industrieen, kommen kürzere Arbeitszeiten, vielfach die 10 stündige, vor. Nach einer tabellarischen Wiedergabe der wichtigsten Arbeitsordnungsbestimmungen im Bezirk Köln arbeiten dort von 9301 Arbeiterinnen 4439 im Jahn- und 4354 im Ostmontag, während nur 508 eine kürzere Arbeitszeit haben. Dagegen fehlt es nicht an zahlreichen Ueberschreitungen der zulässigen Arbeitsdauer und an dreizehn Gesetzesumgehungen, die immer von Neuem die Unselbstständigkeit des Arbeiterstandes illustrieren. Der in Sachsen mehrfach gerügte Unternehmergeist, das Gerede von gewerblicher Ueberarbeit heranzuziehen, wurde auch im Bezirk Erfurt bei 2 Fabrikanten beobachtet, ohne daß dagegen eingeschritten werden konnte. Andere Unternehmer dagegen gaben den Arbeiterinnen Abends noch Arbeit mit nach Hause, um sie noch bis in die Nacht hinein zu beschäftigen. Die Zahl der Arbeiterinnenbeschwerden ist zwar bedeutend zurückgegangen, aber desto ständiger und raffinierter wird das Unternehmertum bei dem Bestreben, dem Gesetze ein Schnappchen zu schlagen. Im Bezirk Düsseldorf hat ein Unternehmer seine Arbeiterinnen in der Nacht vom Freitag zum Samstag hindurch beschäftigt und sie noch dazu zu falschen Aussagen veranlaßt; ein anderer Fabrikant entließ seine Arbeiterinnen am Sonnabend zwar zur gesetzlichen Zeit, bestellte sie aber Abends 8 Uhr wieder in die Fabrik und ließ sie bis Nachts 12 Uhr arbeiten.

Im Bezirk Breslau beschäftigte eine Thomwaarenfabrik 49 Arbeiterinnen trotz ausdrücklicher Verwarnung in ungesetzlicher Weise. Insgesamt wurden 4409 Vergehen in 1751 Anlagen ermittelt, wofür nur 91 (1,9%) bestraft wurden. 91% der Gesetzesverstöße blieben straflos. Diese nachlässige Behandlung der vielfach böswillig ermittelten Unternehmer deutet sich wenig mit der bekannten Justiz gegen gewerkschaftliche und

sozialistische Bestrebungen, und sie zeigt, daß die Behörden und Gerichte in Preußen auch sehr milde sein können, wenn es sich bloß um Arbeitsschutzvergehen der Ordnungsstufen handelt. Ist doch von Berlin, durch seine drakonische Justiz gegen sozialistische Presslinder bekannt, von den in 73 Anlagen ermittelten 73 Arbeiterinnenbeschwerden kein einziger Straffall tabellarisch vermerkt! Einen solchen Fall schildert der Berliner Beamte doch, um zu beweisen, wie profitlich mitunter das edle Handwerk der Gesetzesübertretung ist. Derselbe betraf einen Buchdrucker, der 7 Falzerinnen noch 119 Tage lang überlang beschäftigte, indem er das Vorhandensein einer Fabrikarbeit bestritt. Er wurde zu 20 Mk. verurtheilt, hatte aber unterdeß an jeder Falzerin mindestens 50 Pf. pro Tag gespart, die er männlichen Arbeitern hätte zulegen müssen, und sonach $0,50 \times 7 \times 119 = 416,50$ Mk. minus $20 = 396,50$ Mk. profitirt. Die völlig unangebrachte milde Praxis züchtet natürlich geradezu solche Gesetzesübertretungen.

Lange Arbeitszeiten werden noch vielfach in den kleineren Gewerbebetrieben und in der Hausindustrie vorgefunden; im Bezirk Potsdam mußte der Gewerbeinspektor die Behörde eines Ortes zu einer Arbeitszeitbeschränkung nach § 120c und d im Verfügungswege veranlassen, während die Beamte von Erfurt und Köln gesetzgeberische Maßnahmen gegen diese Mißstände verlangen.

(Schluß folgt.)

Soziale Rundschau.

Der Zustand auf der Flensburger Schiffswerft dauert unverändert fort, trotzdem die Werftverwaltung die Nachricht verbreiten läßt, daß der Streik beendet sei. Der Stand der Bewegung ist noch immer ein günstiger; es arbeiten jetzt ca. 450 Mann, meist Lehrlinge und ungelernete Arbeiter, die Werkstellen sind noch nicht besetzt. Ein Schiff „Main“, welches in Reparatur war, ist nur nothdürftig reparirt worden und soll auf einer andern Werft fertig gestellt werden. Folgendes Schreiben ging dem Streikomitee am 19. September zu:

Flensburg, den 19. September 1896.

An das Streikomitee, z. S. des Herrn Seesen hier.

Wir werden am Montag, den 21. d. Mts., durch die Blätter bekannt geben, daß wir namhafte Arbeiterleute in reichlicher Zahl angeheilt haben und daß wir beabsichtigen, die Werftstätten wieder zu öffnen, um den Betrieb in größerem Umfange aufnehmen zu können.

Sollten sich wider Erwarten auf unsere Aufforderung hier nicht genügend Leute zur Arbeit melden, so werden wir Arbeitskräfte von auswärts und aus dem Auslande heranziehen und die Sache auf das Energischste betreiben. Circa 20 Werften haben uns ihre volle Unterstützung zugesagt.

Wir machen Ihnen diese Mitteilung, um Ihnen die Hand zu bieten, sich gleichfalls bei Wiedereöffnung des Betriebes melden zu können.

Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft.
gez.: Carl G. Andrejew. gez.: Zorebsdorf.

Dieses Schreiben wurde in einer von über 1000 Mann besuchten Werftarbeiterversammlung den Streikenden unterbreitet, und einstimmig, unter großem Beifall, beschlossen, auszuharren und weiter zu streiken, bis der Sieg unser ist. Die Werftverwaltung hat bis jetzt mit dem Heranziehen fremder Arbeitskräfte noch kein Glück gehabt. Wir können nun berichten, daß es uns gelungen,

eine größere Anzahl hiesiger Leute im Ausland unterzubringen. Im Innland scheinen die schwarzen Listen zu wirken, denn dem Kollegen Seesen erklärte man auf dem Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen in Hamburg: „Flensburger werden überhaupt nicht angestellt“. Betreffs der schwarzen Listen wurde das Streikomitee beauftragt, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verurtheilung gegen die Schiffsbau-Gesellschaft zu stellen. Der Gewerbe- und Regierungsrath Ritterhaus aus Schleswig hatte sich bereit erklärt, Vermittlungsversuche anzustellen, doch wurde ihm von dem Regierungspräsidenten in Schleswig die Genehmigung dazu versagt, weil dies doch vor-aussichtlich aussichtslos sei. Nun hat sich ein anderer Herr erboten, den Vermittler zu spielen; er erklärte, die Streikenden sollten ihre Forderungen ganz fallen lassen, an deren Stelle schlug er ihnen 5 neue Wünsche vor, diese würde ihnen die Direktion sofort bewilligen. Davon zweifelte wohl Niemand, denn die Forderungen waren auch darnach. Die Streikenden verzichteten selbstverständlich auf das Anerbieten dieses Herrn und hielten ihre alten gerechten Forderungen voll und ganz aufrecht. Mit welchen Mitteln versucht wird, die Arbeiter zu verwirren, dafür diene folgender Fall als Beispiel: Durch die ganze Stadt verbreitete sich plötzlich das Gerücht, der Kassirer wäre mit der ganzen Streikkasse durchgebrannt. Selbstverständlich ist daran kein Wort wahr und gelang es uns auch sofort, die Gemüther zu beruhigen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Trotz all dieser Mittel stehen die Flensburger Werftarbeiter noch unentwegt im Kampfe, bis der Sieg errungen ist. Sorgt Ihr dafür, daß es nicht an der nöthigen Munition fehlt. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an C. Wustfeldt, Norderstraße 40. Helft schnell, so helfst Ihr doppelt!

In Altona sind 20 Mitglieder, welche auf der Dachpappenfabrik von Consbruch beschäftigt waren, in den Ausstand getreten, dessen Ursache in der ungerechten Behandlung der Arbeiter von Seiten des Meisters zu suchen ist. Seit längerer Zeit fehlen Dachpappen, über deren Verbleib der Besitzer keine Auskunft erhielt, so daß die Arbeiter in den Verdacht geriethen, dieselben entwendet zu haben. Drei Kollegen machten nun dem Besitzer Mitteilung über den Verbleib von Dachpappe und wurden — entlassen. Infolge dessen stellten die anderen Mitarbeiter die Arbeit ein. Gefordert wird bessere Behandlung seitens des Meisters eventuell dessen Entlassung, Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen.

Korrespondenzen.

Altona-Ottenfen. Am 20. September tagte unsere Versammlung bei Stad. Rainstraße, Ottenfen. Vorerst macht der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß die Anlage wider ihn in der Prohr'schen Angelegenheit, die erst fallen gelassen worden sei, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft jetzt wieder aufgenommen wurde. Es stand sodann die Angelegenheit der Brauereiarbeiter zur Debatte. Tsch bemerkt, daß in einer öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung eine Resolution zur Annahme gelangt sei, wonach der Verband der Brauer und verwandten Berufsgenossen diejenige Organisation sei, in welcher die Brauereiarbeiter-Angelegenheiten am besten vertreten würden. Diesen Standpunkt könne er nicht theilen; wir wären Fabrikarbeiter und gehörten in unseren Verband. Döllinger, Brauer, sucht in längeren Ausführungen klarzulegen, daß es doch am zweckmäßigsten sei, wenn Brauer und Arbeiter in einer Organisation seien. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung fand Annahme. Dies ist darauf zurückzuführen, daß fast gar keine Brauereiarbeiter in der Versammlung anwesend waren. Von den Buchbindern waren zwei Vertreter an-

Jede proletarische Mutter eine Kämpferin.

Durch die Zeitlicher und Lender hindurch klingt das hohe Lied der Mutterliebe, kraft und ewig neu. Es wuchert in Sagen und Märchen; in Dichtungen und Gesängen heißt es wieder, und auf Blatt um Blatt der Geschichte sind einzelne seiner Verse geschrieben, hier in schlichten, dort in gewaltigen Zeichen. Aber das mächtige Gefühl der Mutterliebe, so eins und gleich es in jedem Reize ist, es muß sich unter den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen in verschiedenen Formen zeigen, unter Aufgaben erweisen, die in neuen Zeiten, andere Forderungen legen ihm die Gegenwart auf. Denn — wer zählt die Frauenherzen, welche sich gegen die Unterdrückung wandt gegen — auf Kampf und Wille der Mutter allein ist es, die von innen her das Bewußtsein und die Kraft der Ueberwindung bestimmen. Neben der bewundernswürdigen Mutterliebe und über ihr steht die proletarische Mutterliebe, die die ungeschulten und ungebildeten proletarischen Mütterinnen und Frauen in die Gemeinschaft des Kindes einziehendes Wort, mit dem entscheidenden Wort.

Die Kämpferin gegen die fremde Gesellschaft, die nicht nur deshalb jede proletarische Mutter werden. Das was ist die Frau?

Die proletarische Mutter kann nicht nur durch die Arbeit, sondern auch durch die Arbeit hindurch, die sie in der Gemeinschaft des Kindes in die Gemeinschaft der Frau einzieht. Sie ist die Mutter, die die Arbeit der Arbeiterin werden, und nur die vom Kapital gelassene Frau kann ihrer Kraft fallen dem Kinde zu. Gewiß macht jeder Proletarierin fällt das Loos, Kinderpflege und Kindererziehung dem Proletarierin einen zu stellen. Aber welche von den verhältnismäßig Glücklichen ist höher, daß sie nicht morgen schon durch ungewollte Verhältnisse auf dem Boden und Arbeitssuche in das Geheimnis derer gestürzt wird, die mit dem Gebahren schuldlos von der Arbeit zu den Forderungen wandern, welche die Mutter entbehren? Und wie wenig entsprechen die Verhältnisse auch im proletarischen Leben. Proletarierin fällt dem Ver-

haren Hinderniß auf, an dem die harmonische, glückliche Entfaltung der Kinder der Armut scheitert.

Schlägt das Geschick nicht schon vor der Geburt sie zu Tausenden und Tausenden mit Schwäche und Siechtum, weil sie die Nachkommen von Eltern sind, welche die Kraft ihrer Muskeln und Nerven in übermäßigem Robotten bei kurzer Kost in des Kapitals Dienste zu Grunde richten mußten? Hier entzieht die Noth dem Kinde die blühende Mutter und zwingt sie, mit ihrer Lebenskraft den fremden Säugling zu nähren, derweilen ihr eigen Fleisch und Blut vielleicht in die Hände der Engelwächlerin geräth. Dort lassen Entbehrungen, harte Mühen, bittere Sorgen die Mutterkraft vernichten, und da ist es die Frohn der Mutter fern vom Kinde, welche das proletarische Kleine zu Kinderweh, Opium und Luthibenteilchen verurtheilt. Arbeit und Verzicht, Fleiß und Heimarbeit legen zu Fuß und frommen des Kapitals Beschlag auf Zeit und Kraft der Mutter, und die erschreckenden Zahlen über die hohe Sterblichkeit der Proletarierkinder und das Anschwollen der jugendlichen Verbrecher quillend über die körperliche und geistig-sittliche Vernachlässigung der proletarischen Jugend. Fehlt es der Proletarierin nicht an Mutterliebe, um getreulich ihr Kind zu beschützen, um es gegen jede Gefahr des Leibes und der Seele zu schützen? Mit welchem Mutter ihrer Kattenschleife Kopf das Mutterherz, mindestens so zärtlich und bewegt wie unter der Seidenrobe der Dame, welche ihre Mutterpflichten auf Wiedlinge erwählt. Aber im proletarischen Leben mangelt es an Brot: die Frau darf nicht in erster Linie Mutter bleiben, sie muß erwerbende Arbeiterin werden, und nur die vom Kapital gelassene Frau kann ihrer Kraft fallen dem Kinde zu.

Gewiß macht jeder Proletarierin fällt das Loos, Kinderpflege und Kindererziehung dem Proletarierin einen zu stellen. Aber welche von den verhältnismäßig Glücklichen ist höher, daß sie nicht morgen schon durch ungewollte Verhältnisse auf dem Boden und Arbeitssuche in das Geheimnis derer gestürzt wird, die mit dem Gebahren schuldlos von der Arbeit zu den Forderungen wandern, welche die Mutter entbehren? Und wie wenig entsprechen die Verhältnisse auch im proletarischen Leben. Proletarierin fällt dem Ver-

aussetzungen für eine volle, schöne, freie Entfaltung der Kinder. Freudig und stolz entdeckt die Mutter die keimenden Talente der Kleinen. In ihrem Herzen sprossen blüthenreiche Hoffnungen empor. Das Kind soll lernen, im Sonnenschein des Lebens soll es sich seinen Kämpfen und wirken. Was die Mutter vergeblich erstrebt, der Sohn, die Tochter müssen es erreichen, was in ihr verkümmert und verwehrt, in den Kindern wird es herrlich aufleben und emporblühen. Aber die Ausbildung der Talente, die Schulung der Fähigkeiten, sie kostet Geld, viel Geld. Die Proletarierfamilie ist arm. Im Schatten der Armut verkümmern die reichen Gaben! Ahe ihr Träume des Mutterherzens!

Als Proletarier frohndeten die Eltern, als Proletarier müssen die Kinder frohnden. Ihre Besitzlosigkeit schmiedet sie als lebendige Anhängsel der toten Maschine in den wirtschaftlichen Mechanismus, welcher der Kapitalistenklasse goldene Früchte in den Schooß wirft. Und als Lohnslaven und Lohnslavinnen erzfahren die proletarischen Kinder kaum, daß sie herangewachsen, alle Leiden, welche heute der Arbeiterklasse Erbtheil sind. Wie die Eltern, so säen sie, ohne zu ernsten; sie bauen Häuser und wohnen in Spelunken; sie weben Sammt und Seide und haben oft kaum, um die Blöße zu decken; sie schaffen die Vorbedingungen aller Kultur und vegetieren abseits von der Kultur im sozialen Dornel.

Heute noch so, aber nicht immer. Laut tobt der Kampf, welcher die Gegenwartsflaven in Zukunftsfreie verwandelt. Und in diesem Kampfe sollte die proletarische Mutter theilnahmslos, thatenlos bei Seite stehen? Unmöglich. Die Mutterliebe läßt in ihrem Herzen das sehnsüchtige Wünschen für das Glück, für die Freiheit der Kinder in lohender Kampfesbegeisterung aufwallen. Glück und Freiheit, sie will es den Kleinen erringen. Sie ist es mit der sagenhaftesten Gertrud Stauffacher müde geworden, Bettler zu fangen und Knechte und Rägde groß zu ziehen. Sie will Mutter sein eines freien, eines stolzen, eines glücklichen Geschlechts. Und von der Mutterliebe geführt, gestählt, tritt sie in Reich und Glied derer, welche die Klassenherrenschaft des Besitzes zu brechen entschlossen sind. (Gleichheit.)

wesend; dieselben machten geltend, daß auf einer Kartonnagen-Fabrik Mitglieder unseres Verbandes den Bestrebungen der Buchbinder entgegenwirken. Die Angelegenheit wird einer Kommission zur Untersuchung überwiesen. Es stand sodann die Arbeitsniederlegung der Kollegen der Konbruch'schen Fabrik auf der Tagesordnung. Die Arbeitsniederlegung ist auf den Meister der betreffenden Fabrik zurückzuführen; dessen Ausdrucksweise und Behandlung gegen die Arbeiter sei nicht zu beschreiben. Drei Kollegen, welche dem Chef der Firma hieron Mitteilung machten, wurden am Sonnabend entlassen. Nun legten die übrigen dort arbeitenden Kollegen die Arbeit nieder mit der Forderung, den Meister zu entlassen. — Es fanden sodann das Vorschlagen der Bevollmächtigten, der Thürkontroleure, der Kartelldelegierten, der Bibliothekrevisoren und eines Vertreters zur Konferenz in Hamburg statt. Die bisherige Delegierte zum Kartell, Hr. Lehmann, macht darauf aufmerksam, daß wir noch nichts an das Kartell abbezahlt hätten; es sollte bis zum 15. September eine größere Summe zurückgezahlt werden. Die meisten Gewerkschaften hätten ihr Teil dazu beigetragen; aber wir, deretwegen doch das Geld geliehen sei, hätten bis dato noch keinen Pfennig bezahlt. Es sei dringend notwendig, sowie nur irgendwo Gelder flüssig seien, dieselben an das Kartell abzuliefern. Nachdem noch eine Hilfskassiererin gewählt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bergeborf. Die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle wurde am 12. September im Vereinslokale „St. Petersburg“ abgehalten. Der erste Punkt der Tagesordnung: Diskussion über den Bericht vom Verbandstage, wurde vertagt, da der Delegierte am Erscheinen verhindert war. Zu der am 4. Oktober in Hamburg stattfindenden Konferenz der norddeutschen Zahlstellen wurden als Delegierte die Kollegen Stille und Stapelsfeld, als deren Stellvertreter Krahn und Lange gewählt. An Tagelöhner für dieselben wurden inf. Fahrgeld 3,50 Mk. festgesetzt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstatteten die Delegierten Stapelsfeld und Gundlach. Das Herbstvergnügen soll am 7. November im Vereinslokale abgehalten werden. Der Festbeitrag wurde auf 60 Pfennige festgesetzt. Nachdem sodann noch ein Festkomitee von sieben Personen gewählt war, erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

Eimsbüttel. Am 27. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung gelesen war, machte der erste Bevollmächtigte bekannt, daß der § 2 Abs. c vom Ausschuss und Vorstand wieder in seiner alten Fassung hergestellt ist. Als Versammlungstag wurde der letzte Mittwoch eines jeden Monats bestimmt. Sodann wurde Kasch als Delegierter zur Konferenz der norddeutschen Zahlstellen, welche am 4. Oktober stattfindet, gewählt, eine Entschädigung lehnte er ab. Darauf wurden, nachdem Jürgens seinen Austritt erklärt, für denselben Brunnen als Revisor und Zugemann als Hilfskassierer gewählt. Ein Antrag Kasch, demnächst eine öffentliche Versammlung mit dem Bericht vor der Konferenz abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Nachdem dann noch über den Anschluß an das Gewerkschaftskartell gesprochen war, trat Schluß der Versammlung ein.

Flensburg. Eine Extra-Mitgliederversammlung tagte am Mittwoch Abend im „Mühlenpavillon“. Es wurde beschlossen, die am 4. Oktober in Hamburg tagende Konferenz zu besuchen und sind Kollege Mohrbach als Delegierter und Kollege Engelbrechtsen als Stellvertreter gewählt. Da die Mitgliederzahl zur Zeit ca. 340 beträgt, wurde beschlossen, die Stadt in vier Bezirke einzuteilen und für jeden Bezirk ein Hilfskassierer ernannt. Die Versammlungen finden nur am 1. Dienstag im Monat im „Mühlenpavillon“ und an jedem 1. Dienstag nach dem 15. im „Goldweinschen Hause“ statt. Des Weiteren wurden zwei Mitglieder, welche sich gegen die Interessen der ausgesperrten Werftarbeiter geäußert hatten, einstimmig ausgeschlossen. Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, trat gegen 12 Uhr Schluß der Versammlung ein.

Halberstadt. Zu der am 13. August stattgehabten Mitgliederversammlung waren die landwirtschaftlichen Arbeiter ganz besonders eingeladen, leider waren, trotzdem die Schnitterlöhne und verschiedene bei der Ernte sich abgepielt habende Vorgänge auf der Tagesordnung standen, nur wenige diesem Rufe gefolgt. Der Kollege Hippold sprach über das hiesige Verbergsweesen, dasselbe scharf kritizierend. Der Kollege Draume verlas aus „Technische Revolution“ ein Kapitel über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika; aus dem Vorgelesenen ging hervor, daß in Amerika für die Landwirtschaft das Gleiche gilt wie für die Industrie, sie wird unter Zuhilfenahme des Dampfes und der Elektrizität nach großkapitalistischem Maßstabe betrieben. Bei der Viehfütterung, dem Futtermitteltransport, Schlachten der Tiere, Verwertung der einzelnen Fleisch- resp. Knochenstücke kommen gewaltige technische Hilfsmittel in Anwendung und wird dadurch der Betrieb profitabler und wirft einen gewaltigen Mehrerlös für den Unternehmer ab. Die an der Debatte teilnehmenden Personen sprachen die Meinung aus, daß der Dampf durch die Elektrizität verdrängt werde. — Nach längerer Debatte gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Die Zahlstelle Halberstadt hält in Zukunft ihre Versammlungen in dem Lokale „Müchener Bierhalle“ ab und veranstaltet von der zweiten Woche des Oktober ab regelmäßige Besessende.“

Hamburg. Unsere Mitglieder-Versammlung fand am 16. September in der „Concordia“ statt. Da dieselbe nicht sehr zahlreich besucht war, so wurde von einem Vortrag des Kollegen Hüfmeier über: „Die Frauenbewegung in England“ Abstand genommen und gleich zu dem Punkt „Innere Angelegenheiten der Zahlstelle“ übergegangen. Kollege Greiß teilte der Versammlung mit, daß der Vorstand und Ausschuss die 1000 Mk., welche die Zahlstelle als Darlehen zur Deckung der Strafverfügungen der 14 verurteilten Kaffeeverleserinnen beantragt hatte, zu bewilligen abgelehnt habe. Als Grund zur Ablehnung sei angeführt, daß der im April d. J. stattgefundene Streik der Kaffeeverleserinnen nicht als Verbandsangelegenheit zu betrachten sei, da derselbe nicht, wie im § 11 unseres Statuts vorgeschrieben, dem Vorstand und Ausschuss 8 Tage vor Beginn desselben angemeldet sei. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Debatte, an welcher sich namentlich Rütge, Ahrens, Kuhland und Frau Jäckhoff beteiligten. Erstere führte aus, daß der § 11 unseres Statuts unbedingt einer Aenderung bedürfe, es sei nicht immer durchzuführen, daß ein Streik 8 Tage vorher angemeldet werde. Ein Streik müsse im günstigsten Augenblick in Szene gesetzt werden; im Verlaufe von 8 Tagen hätten sich die Verhältnisse manchmal so geändert, daß ein Streik aussichtslos erdigne. Redner ist der Ansicht, daß der Kollege Greiß nicht der Mann sei, der den Posten eines Verbandsvorsitzenden vertreten könne, er sei zu sehr Buchstabenmensch. (Unsere Kollegen sollten sich doch endlich einmal von der gänglichen irigen Meinung befreien, daß ich in meinem Handeln nach eigenem Ermessen und Gutdünken verfare! Wo giebt es denn eine derartige Autokratie in der modernen Arbeiterbewegung? Ich führe aus, was Vorstand und Ausschuss beschließen; bei den Beschäftigungen und Beratungen habe ich nicht mehr und nicht weniger Recht, als ein jeder andere Kollege im Vorstand und Ausschuss auch. Man hat es mit gemeinsamen Handlungen des Vorstandes und Ausschusses zu thun, warum laufen die Schläge denn immer auf meinen Rücken? Die 10 Personen, welche den Vorstand und Ausschuss bilden, können doch eine breitere Rückenfläche zum Auffangen der Prügel bieten, man trifft dann viel weniger daneben. Ich bin weit, weit weniger Buchstabenmensch, wie sehr, sehr viele andere Kollegen und Kolleginnen. (Siehe Abs. c § 2). Ich folge in Fällen, wie in dem fraglichen, weit mehr allgemeinen Grundsätzen und Erfahrungen, als wie den naturlichen Bestimmungen. Die Kollegen Hamburgs wissen auch ganz gut, daß der Antrag, den Kaffeeverleserinnenstreik zur Verbandsangelegenheit zu machen, nicht auf Grund des § 11 abgelehnt wurde, sondern wegen der Thatsache, daß die streikenden Arbeiterinnen mit Ausnahme einiger Duzend sich erst während des Streiks organisierten. Trotzdem haben wir 2000 Mk. zur Unterstützung direkt aus der Verbandskasse bewilligt; von allen anderen durch die Verbandszugehörigkeit den streikenden gewordenen Unterstützungen abgesehen, ist diese Summe ungefähr dreimal so hoch als diejenige, welche dem Verbandsauschuss bei einer sechsmonatlichen Mitgliedschaft als Leistung hätte zustehen können — wenn es nicht wieder in Hamburg verbraucht worden wäre zur Stillung der Nachwehen des Streikes. Ich möchte, weiter konnte der Vorstand wohl nicht gehen, als wie er gegangen ist. Wenn man ihm Vorwürfe machen will, dann kann man es weit eher wegen seiner Nachgiebigkeit, als aus dem Gegenteil. A. B.) Man könne sich nicht immer direkt an den Buchstaben halten, sondern müsse die begleitenden Umstände ins Auge fassen und dementsprechend Ausnahmen stattfinden lassen, erklärte Kollege Rütge weiter. Wenn die 1000 Mk. nicht hätten bewilligt werden können, so hätten wenigstens 500 Mk. oder noch weniger bewilligt werden müssen, um wenigstens den guten Willen zu zeigen. Ahrens ist der Meinung, daß die 1000 Mk. unter allen Umständen bezahlt und auf irgend welche Weise aufgebracht werden müssen. Kollege Kuhland ermahnt die Kaffeeverleserinnen, ob dieses Vorfalles nicht vom Verbandsauschuss abzufallen. Kollege Hüfmeier weist die Angriffe auf den Kollegen Greiß auf das Entgegenstehe zurück. Es müßte unter allen Umständen Disziplin in einer Organisation herrschen. Es dürfe niemals kopflos gehandelt werden. Ein Streik lasse sich ganz gut 8 Tage vor Ausbruch desselben anmelden. Bei den Kaffeeverleserinnen hätte dies sehr wohl geschehen können, denn im März habe es schon unter ihnen gegährt, weshalb am 22. desselben Monats die Wohnkommission gewählt sei. Am 8. April sei aber erst der Streik ausgebrochen. In der Zeit vom 22. März bis 8. April habe der Streik sehr wohl dem Vorstande gemeldet werden können. Es sei aber jetzt einmal der Fehler gemacht worden, und müßten wir jetzt so schnell wie möglich handeln, damit die 1000 Mk. aufgebracht würden. Redner macht den Vorschlag, daß eine Zusammenkunft der Bevollmächtigten und Revisoren der Zahlstelle mit den 14 Verurteilten stattfinden möge, um die Sache des Weiteren zu beraten. Kollege Greiß erteilt hierauf mit, daß die gewünschte Zusammenkunft am 17. d. M. stattfinden und alle Verurteilten zu derselben eingeladen würden. Kollege Kuhland bringt den Bericht von der am 2. September stattgehabten Kartelltagung. Hüfmeier unterzieht die Ausführungen Hoffmeyer's in der Kartelltagung einer scharfen Kritik. Als Kartell-Delegierter wird Hüfmeier gewählt. Kollege Greiß macht bekannt, daß am Sonntag, den 4. Oktober, Vormittags halb 12 Uhr, bei Fied in der Rosenstraße eine Konferenz der norddeutschen Zahlstellen abgehalten werde, zu welcher unsere Zahlstelle 2 Delegierte zu entsenden habe. Es werden Hüfmeier und Frau Jäckhoff hierzu gewählt. Des Weiteren wird ein Empfangskomitee von 9 Personen gewählt. Rütge verliest die Abrechnung vom Wintervergnügen vom 30. November v. J., laut welcher ein Defizit von etwas über 65 Mk. gemacht ist. Dann wird beschlossen, im Oktober d. J. ein Stützungsfest abzuhalten, und wird ein provisorisches Festkomitee, bestehend aus 3 Personen, gewählt, um sich zunächst nach einem Lokal umzusehen.

Silberstein. Eine öffentliche Versammlung tagte am Sonntag, den 13. September, Nachmittags 4 Uhr beginnend, im Lokal des Herrn Wolff, Annenstraße. Dieselbe war von circa 150 Personen, darunter sehr viele aus den umliegenden Ortschaften, besucht. Kollege Greiß referierte über: „Die Lage der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und die Notwendigkeit der Organisation.“ Redner schilderte an der Hand statistischer Nachweise die Lohn- und Einkommensverhältnisse, und wie auf Grund des heutigen Verteilungsmodus die Arbeiter, für schwere, Leben und Gesundheit bedrohende Leistungen einen höchst ungenügenden Teil aus dem Arbeitsvertrag bekommen, die Unternehmer dagegen den Löwenanteil für jühes Nichtstun, oder doch für Leistungen höchst geringfügiger Art in die eigene Tasche stecken lassen. Den Anteil an dem Arbeitsvertrag für die Arbeiter zu vergrößern, sowie überhaupt alle in Frage kommenden Interessen der Arbeiter bei den Arbeitsverträgen zu wahren, für Erbringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne des Wortes einzutreten, sei Aufgabe der Organisation. Redner schilderte die Fortschritte, welche alle Organisationen trotz der behördlichen Bekämpfungen in den verflochtenen Jahren gemacht, und protestiert gegen die Praxis, welche in verschiedenen Städten der Provinz Hannover, vor allem in der Stadt Hannover selbst, gegen die Gewerkschaftsorganisationen geübt wird. Diese Behandlung komme einer Verleumdung des Koalitionsrechts gleich, und sie fordere unseren Widerspruch um so mehr heraus, da die Zünftler, Fabrikanten, Kriegervereine u. s. w. nicht entfernt ähnlich behandelt würden. Nach einer kurzen Aufforderung des Versammlungsleiters wurden noch eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht und darauf die Versammlung geschlossen.

Zehoe. Sonnabend, den 25. September, tagte bei M. Zah eine regelmäßige Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Nothe den Bericht vom Verbandstag in Hamburg erstattete. Zur bevorstehenden Konferenz in Hamburg wurde lebhaft diskutiert, wie die Unkosten dafür aufzubringen seien. Kollege Samann trat dafür ein, daß die Konferenz beschickt werde (die Gelber hierfür wolle er bei den Gegnern aufreiben, wofür er sich verbürge), worauf dann Samann zum Delegierten gewählt wurde. Bei Festsetzung der Diäten wurden, da die Konferenz an einem Sonntag Nachmittags stattfinden, 3 Mk. und Bahnkosten beantragt. Kollege Samann erklärte, dann auf das Mandat verzichten zu müssen. Es wurden ihm nun 6 Mk. und Bahnkosten bewilligt. Der erste Bevollmächtigte erklärte, daß er sein Amt niederlegen müsse, da wirtschaftliche Umstände ihn zwingen, Zehoe zu verlassen. Vorgeschlagen ward Olaf Carlsson.

Kolberg. Am Sonntag, den 27. August, fand die erste Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle statt. Die Versammlung tagte im Lokale des Herrn Gastwirts Popp, Provinzialstraße, hier. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der 1. Bevollmächtigte Bericht. Bei Gründung der Zahlstelle sei von einigen Kollegen die Höhe der Beiträge zum Verbandsauschuss zu hoch im Vergleich zu den Löhnen am Orte bezeichnet worden; er habe sich daher brieflich an den Vorstand gewandt, der erwiderte, daß die Verbandsbeiträge im Verhältnis zu den Leistungen und den Beiträgen anderer Organisationen keineswegs zu hoch seien. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden 2 Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt; unter Punkt 3 traten mehrere neue Mitglieder dem Verbandsauschuss bei. Ein Antrag, eine Kasse für die Zahlstelle zu beschaffen, fand einstimmige Annahme. Nachdem der Bevollmächtigte diejenigen Anwesenden, welche sich das Protokoll des Verbandstages zu Hamburg anschaffen wollen, aufgefordert hatte, sich zu melden, wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. Am 6. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Brünkel sollte über das Entwicklungsgeß der menschlichen Gesellschaft referieren. Wegen des schlechten Versammlungsbesuches wurde jedoch der Vortrag vertagt, stat dessen gab der Referent seinen Vortrag in flüchtiger Form. Redner stellt den Grundlag auf, daß die Geschichte nicht von den „großen Männern“ gemacht worden, sondern umgekehrt jede Kulturperiode sich ihr Menschennaterial erzeuge. Das deutsche Reich würde gegründet worden sein ohne Bismarck, und die Sozialdemokratie würde ohne Lassalle sich entwickelt haben. Wie auf allen anderen Gebieten

ein festes Vorwärtsdrängen und Weiterentwickeln stattfinden, so sei es auch mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Alle Angelegenheiten deuteten darauf hin, daß die nächsten Produktions-einrichtungen, welche die heutigen abzulösen berufen seien, die Noth und das Elend der Arbeiter beseitigen würden. In der Diskussion kam Kollege Behne auf die indifferente Masse zu sprechen. Viele derselben führten ihr eigenes „Entbehren müssen“ auf die angeblich vorhandene Uebersättigung zurück. Nach Meinung dieser Leute bestände das radikalste Reformmittel in einem frischen, fröhlichen Kriege. Bei einem Kriege würden neben den in der Erzeugung thätigen aber auch eine Unsumme von Verbrauchern und Käufern getödtet und daraus sei ersichtlich, daß dieses Reformmittel höchst fragwürdiger Art sei, von seiner „Humanität“ ganz zu schweigen. Im Verlaufe von zehn bis zwanzig Jahren würde es dann für die Arbeiter noch schlimmer sein wie heute; nur wenn alle Arbeiterinnen und Arbeiter sich organisierten, könnten sie ihre Forderungen gegenüber dem Kapital mit Erfolg vertreten. Gegen die von beiden Nebennern geäußerten Anschauungen erfolgte ein Widerspruch von Seiten der Versammlung nicht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Shonungen. Am 8. September saßen dahier in der Geistlichen Wirthschaft mehrere Arbeiter verschiedener Berufsarten und unterhielten sich gefällig. Es wurde unter Anderem von Einigen die Frage gestellt, ob es nicht gut sein würde, dem Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beizutreten. Der Vorschlag fand Beifall. Da sich sofort 37 bis 38 Personen zum Beitritt bereit erklärten, so beschloß man auch sogleich, eine Zahlstelle hier in Shonungen zu gründen. Da einer der anwesenden Kollegen mit einem Statut des Verbandes versehen war, so ging man sogleich daran, die Bevollmächtigten und Revisoren vorzuschlagen; die eigentliche Gründung soll am Sonntag, den 13. September vollzogen werden.

Winterhude-Eppendorf. Unsere Zahlstelle hielt am 17. September ihre Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Delegierte Jörs eine Nichtigstellung betreffs der Versammlung der Delegierten-Versammlungen gegeben hatte, nahm der erste Bevollmächtigte das Wort zur Beantwortung der Frage: „Welche Organisation ist die entsprechendste für Brauereiarbeiter?“ Ausführend, daß es doch entschieden besser sei, wenn der Hilfsarbeiter sich einem Verbands anschließen könnte, der seine Interessen in allen Zweigen vertritt, und hierzu sei der „Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“ am besten geeignet. Es folgte eine lebhafte Debatte. Unter Anderem hob Kollege Starke hervor, daß doch die Mehrzahl der Brauereiarbeiter sich dem Beschlusse der am 30. August tagenden Brauereiarbeiter-Versammlung gefügt habe, selbst der größte Theil der Zahlstelle Eimsbüttel, die doch den oben genannten Beschlusse nicht respektieren wollte, habe sich dem Brauerverband angeschlossen. Darauf erwiderte Danielsen, daß der Brauereiarbeiter Saisonarbeiter sei, also dem Brauerverbande nicht angehören könne, man sollte Alles, was der Organisation nicht förderlich ist, bei Seite lassen; wir hätten ja gesehen, welche Hindernisse den Organisationen der Streit über die Organisationsform bereitet habe und gleiche Folgen bringe auch diese Streitfrage: „Welcher Berufsorganisation sich der Hilfsarbeiter anschließen soll.“ Dies suchte Jürgens zu widerlegen. Alsdann fand folgende Resolution Annahme: „Die heute am Donnerstag, den 17. September 1896, tagende Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Lokale des Herrn Köllner, Winterhude, erklärt sich mit dem gefaßten Beschlusse der am 30. August stattgefundenen Versammlung der Brauer und Brauereiarbeiter nicht einverstanden und erwartet, daß die Brauereiarbeiter sich fernernhin der Organisation der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anschließen.“ Nachdem wurde Kollege Danielsen als Delegierter zur Konferenz in Hamburg gewählt. Als dann die Angelegenheit betreffs der Sammelisten der Kaffeeverleserinnen geregelt war, wurde das Festkomitee zum Stützungsfest, welches Mitte November stattfindet, gewählt.

Gingefandt.

Nienburg a. d. Weser. Kollegen! Wir können nicht umhin, unserer Verwunderung Ausdruck zu geben, daß Ihr so gleichgültig seid und bei allen Mitgliederversammlungen durch eure Abwesenheit glänzt. Erst hattet Ihr die Ausrede: Ja, wenn die Versammlung am anderen Sonnabend würde stattfinden, da könnten wir kommen; aber wir haben ja Nachtschicht. Nun, wir haben jetzt jeden Sonnabend Versammlung, leider hat es bis jetzt noch nichts genügt, die Versammlungen sind noch eben so schlecht besucht als wie früher. Man müßte denken, daß Ihr es nicht mehr nötig habt, daß es Euch schon gut genug geht, daß die Lohnverhältnisse so gute sind, daß Ihr nicht mehr zur Berathung zusammenzukommen braucht. Wohl dem, wenn es so wäre, wir hätten nicht nötig, diesen Mahnruf an Euch zu richten. Bedenkt, wo das hinführen soll, wenn Ihr es so weiter treibt. Bei einem Hungerlohn von 1,60 bis 2,00 Mark wäre es doch wirklich eure Pflicht und Schuldigkeit, daß Ihr zusammenkommt, Euch zusammenschließt, um zu berathen, wie ein besserer Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erreichen ist. Auch läßt auf manchen Fabriken die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten viel zu wünschen übrig. So zum Beispiel auf der Hoyermann'schen Fabrik, wo ein Arbeiter, als er einen Sack auf dem Rücken tragend, mit diesem einen Weiser zufällig anstieß und dafür gleich einen Wirt mit dem Fuße erhielt. Mißstände mancherlei Art wären noch aufzudecken, nur einer sei hier noch angeführt. Wenn Herr Böttch von der Hoyermann'schen Fabrik in 5—6 Zeitungen 30—50 Arbeiter sucht (bis jetzt sind schon genug dagewesen, auszuhalten thut aber bekanntlich Keiner) und diese Arbeiter überlaufen die hiesigen Fabriken, wie wollt Ihr da einer Arbeitslosigkeit vorbeugen? Auch wird dann euer Lohn noch mehr heruntergedrückt werden, so daß er vielleicht auf 1 bis 1,50 Mk. zu stehen kommt. Denn der Wunsch, billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, ist die Veranlassung, daß Herr Böttch Arbeitskräfte auswärtig sucht, während es davon hier zur Genüge giebt. Diesem, die Interessen der Arbeiter schädigenden Beginnen entgegen zu treten, ist unsere Pflicht! Daran theilzunehmen eure Schuldigkeit! Darum ergeht die Mahnung an Euch, die Gleichgültigkeit abzulegen und den indifferenten Kollegen zu zeigen, daß es Euch bei Vertretung eurer Interessen Ernst ist, dann werden diese auch ihren Anschluß und Mitarbeit nicht veräumen und den Fabrikanten wird dann der Nachweis geliefert werden, daß sie gegenüber einer geschlossenen Organisation machtlos sind. Gedenket eurer

Pflichten, erfüllt dieselben, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

An die Kolleginnen und Kollegen von Neumünster.

Kolleginnen und Kollegen!

Zeit längerer Zeit sind wir hier am Orte beitrebt, eine Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Hilfe der Organisation zu erreichen. Leider bringt Ihr ununterbrochenes Bemühen weder das richtige Verständnis noch die genügende Unterstützung, welches ein derartiges Ziel verdient, entgegen. Euch aufzumunteren zu helfendem Tun sei Zweck dieser Zeilen! Ihr fernstehenden Kollegen, schließt Euch dem Verbands, der Eure Lohn- und Arbeitsbedingungen aufbessern will, an. Bleibt demselben nicht fern, sondern bedenkt, daß die Organisation das einzige Mittel ist, mit dem der Arbeiter seine Rechte wahren und verteidigen kann. Und die Kollegen, welche dem Verbands bereits angehören, sollten fleißigere Versammlungsbesucher werden. Durch Euer Versammlungsfernbleiben hemmt und lähmt Ihr die Sammel- und Werkkraft des Verbandes; die Neueintretenden werden entmutigt, wenn die Versammlungen immer diese Leere und Leere aufweisen und die Organisation kann ihre belehrende und aufklärende Tätigkeit nicht erfüllen. Darum legt die Nachlässigkeit nun endlich einmal bei Seite, erfüllt Euer Pflichten als Mitglieder nicht nur sühweise, sondern voll und ganz. Unserm Grundsatze gemäß handelt auch: Einer für Alle, Alle für Einen. In der nächsten, am 4. Oktober stattfindenden Versammlung wird ein für alle Kollegen interessanter Vortrag gehalten werden.

An die Mitglieder der Zahlstelle Langenfeld-Stellingen.

Kollegen! Veranlaßt durch den mangelhaften Besuch der letzten Mitgliederversammlung, ermahne ich Euch an Euer Pflicht, die Versammlungen besser zu besuchen. Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Langenfeld und Umgebung etwa so glückliche, daß Euch auf eine Verbesserung gerichtete Tätigkeit nicht mehr notwendig wäre? Mit nichten! Hierher hört man die Kollegen klagen über schlechte Löhne und unwürdige Behandlung. Kann es denn jemals besser werden, wenn Ihr Euch so mangelhaft an der Organisation beteiligt, im günstigsten Falle dem Verbands als Mitglieder angehört und nur Euerm Beitrag bezahlet? Nein, damit haben wir noch Nichts erreicht! Es ist Pflicht eines jeden Verbandsgenossen in den Versammlungen zu erscheinen, mit zu reden und zu hören. Wäge in Zukunft Jeder, seiner Pflicht entsprechend, ein regelmäßiger ständiger Versammlungsbesucher werden. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 17. Oktober, Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Händel-Stellingen statt. In der Versammlung wird das Vorschlagen der Bevollmächtigten sein und ersuche ich Euch dringend vollständig zu erscheinen. Ein altes Mitglied.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist schon das 1. Heft des 15. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Arbeiter und Gewerbestellung. — Ein Brief von Karl Marx an J. D. von Schweizer über Sozialismus und Gewerkschaftskampf. — Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Von J. A. Sorge. — Das demokratische Prinzip und seine Anwendung. Zum Gohner Parteitag. — Notizen: Ueber die Erhebung des Berliner Gewerkegerichts in der Berliner Konvention. Die schweizerische Brauereindustrie. Rückgang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs und Zunahme des landwirtschaftlichen Profitariats in Italien. — Feuilleton: Die Anfänge der Revolution. Kritische Studie über das Zeitalter der großen Revolution. Von Paul Lafargue.

Bekanntmachung.

Der Kassirer des Verbandes, Kollege J. Wilhelm, wohnt Burgstraße 3, Hannover. Der Vorsitzende des Ausschusses, J. Streb, wohnt Offenbach am Main, Gustav-Adolfstr. 34. Vom 1. Oktober ab ist meine Adresse: Aug. Brey, Burgstraße 41, 3. Etage.

Verband der Fabrik-, La- u. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ort	Bevollmächtigter	Strasse
Altenburg	Moriz Hunger	Zwaidauerstraße 29 I.
Altona-Ottensen	Carl Luandt	Norderstr. 35, D. 1, 1. Et.
Barmbeck b. Hamb.	Carl Hoffmann	Emdenstr. 59, Ds. 2.
Bergedorf	W. Sülle	Neuestr. 22.
Berlin	Franz Schulze	Kranzstraße 19.
Bielefeld	Emil Schwann	Kolbergerstr. 23.
Billwärd a. d. S.	K. Loos	Bach 14.
Blumenau (Kreis Waldenburg) i. Schl.	Robert Fohl	57.
Bodenheim bei Frankfurt a. M.	Robert Fohl	Nieder-Büschgiersdorf Nr. 11, 1. Et.
Borsby-Güterstraße	Andreas Friedel	Ginnheimerstr. 26, II.
Braunschweig	J. Kofader	Maienstraße 5.
Büchel a. M.	A. Gelpke	Mainstraße 3.
Cañel	Joh. Krag	Alteingasse 13, 2. Et.
Gelle	A. Rohlas	Bereinsstraße 5.
Langenfeld	Emil Schwann	Zülfersgasse 32.
Schwenhorst	J. Schwarz	Verkehrstraße 1.
Deßau	Robert Rehn	Jonis b. Deßau
Deßau	Gust. Dürr	Biegelestraße 3.
Döberitz	Jacob Christianien	Züldorf b. Rügen.
Düsseldorf	Edolf Arnold	Wachstraße 122.
Gütersloh	A. Verisohn	wohnh. Wandbeck, Hamburgerstraße 25.
Gütersloh	A. Verisohn	Emdenstr. 15, D. 5, 2. Et.
Gütersloh	A. Verisohn	Wachenstraße 19.
Gütersloh	A. Verisohn	Emdenstraße.
Gütersloh	A. Verisohn	Gütersloh.
Gütersloh	A. Verisohn	Wachstraße 7.
Gütersloh	A. Verisohn	Langenstraße 165.
Gütersloh	A. Verisohn	Postmannstr. 18, D. 4.
Gütersloh	A. Verisohn	252.
Gütersloh	A. Verisohn	St. Schwibbogen 4.
Gütersloh	A. Verisohn	Hemmerstraße 9.
Gütersloh	A. Verisohn	Seifensiederstraße 96.

Ort	Bevollmächtigter	Strasse
Dalberstadt	H. Drauwe	Kornstraße 11.
Hamburg	Johann Kreis	Minnstraße 10, 3. Et.
Hannover	Fr. Loges	Wohlfahrtsweg 6.
Hannover	H. Ead	Vorstelemannsweg 190, I.
Hannover	H. Lohrborg	Gosierde 9A.
Hannover	Aug. Kiefer	Hammergasse 1.
Hannover	Emil Weithe	Börderstraße 50.
Hannover	Friedrich Borwig	Wohldamm 10.
Hannover	C. Sahn	Ludwigstraße 34.
Hannover	Karl Söhmann	Michaelisstraße 48.
Hannover	Carl Tüch	Sechsstätten 7.
Hannover	Joh. Wührer	Amtsstraße 10.
Hannover	Olaf Carlson	Neuestraße 15, I.
Hannover	Karl Katter	Marktstraße 11.
Hannover	Johann Gebhardt	Friedrichstraße 25.
Hannover	Hud. Rathlau	Lammstraße.
Hannover	Fr. Ludwig Börner	Scheidestraße 5.
Hannover	Oskar Stihs	Chrenfeld
Hannover	W. Otten	Sonnenfelderstraße 40.
Hannover	F. J. Steitz	Zum Weingarten.
Hannover	Albert Brandt	Börsestraße 4.
Hannover	Ferdinand Schlegel	Neuenstraße 12.
Hannover	M. Göttsche	Moornweg 26.
Hannover	S. Dillig	„Gasthaus zum Adler“.
Hannover	J. Ph. Schreiner	Friesenheimerstraße 24.
Hannover	Gust. Bernimb	Falkenstraße 28.
Hannover	H. Wittthöft	Mühlstraße 23.
Hannover	Heinrich Bitter	Al. Langgasse 6.
Hannover	G. Gentel	Mainstraße 27.
Hannover	Hud. Straßendorff	Wolffstraße 48.
Hannover	Franz Siebert	Schwindstr. 25, III, 105, 5.
Hannover	C. Försch	Georgstraße 16.
Hannover	Joh. Petersen	Färberstraße 10 II.
Hannover	J. Klappert	Nordthorstr. 842.
Hannover	Kaspar Spiess	Steinstraße 34.
Hannover	C. Finke	Schternstraße 28.
Hannover	Em. Ruhr	Mübelkamp.
Hannover	C. Horn	Am Kirchhof 152.
Hannover	Konrad Behnen	Niedlingen.
Hannover	D. Finkenwerder	Strehowstr. 59, Dinterh. I.
Hannover	Carl v. Windheim	Schloßmerhof.
Hannover	Ehr. Dellling	Baderstraße 7.
Hannover	Joh. Greubel	Marienstraße 63.
Hannover	Otto Lehmann	Bremengasse 7.
Hannover	Joh. Ringel	Floßstraße 202.
Hannover	Wb. Friedrich	
Hannover	J. Köster	Sandweg.
Hannover	Wilhelm Dittmann	Sangestraße 82, I.
Hannover	Joh. Bruns	Schulau.
Hannover	Th. Krumsid	Im Grasacker.
Hannover	Heinrich Tillmanns	
Hannover	Aug. Alm	Reiherstieg 113.
Hannover	S. Sieß	Eppendorfer Landstraße Nr. 143, Dinterhaus.
Hannover	Aug. Kastellan	Stöckelheimerstraße 260.

Für Garburg ist der Kollege S. Martens, Kajenenstraße 27, für Warfabe ist der Kollege Heinrich Beckmann, wohnhaft in Wasbeck, in Kappeln in Angeln der Kollege Heinrich Flüh junior, in Cuxhaven der Kollege Otto Schulz, Gr. Gademiel 40, in Neuzell a. d. O. Ost. Heinrich, Friedrichstraße 42, in Bentzen G. Zuster, Larnowiger Chauffee 12, für Marne und Umgebung Fr. Reichlinger, pr. Adresse Herr Kruse, Gastwirth in Marne, von dem Vorstande mit Austragen des „Proletarier“, Erhebung der Beiträge und Aufnahme von Mitgliedern beauftragt worden.

Versammlungs-Anzeiger.

Deßau. In Gaudel's Lokal, Lueden-...
Düsseldorf. Versammlung im Lokale des Herrn...
Gütersloh. Versammlung im Lokale des Herrn...
Hannover. Versammlung im Lokale des Herrn...
Langenfeld. Versammlung im Lokale des Herrn...
München. Versammlung im Lokale des Herrn...
Neumünster. Versammlung im Lokale des Herrn...
Offenbach. Versammlung im Lokale des Herrn...
Peine. Versammlung im Lokale des Herrn...
Rosenhagen. Versammlung im Lokale des Herrn...
Schiffbeck. Versammlung im Lokale des Herrn...
Sonderburg. Versammlung im Lokale des Herrn...
Wandbeck. Versammlung im Lokale des Herrn...
Winterhude. Versammlung im Lokale des Herrn...
Wolfsbüttel. Versammlung im Lokale des Herrn...
Mühlheim a. M. Verkehrslokal bei H. Rau, zum Hefischen Hof. Dasselbst Versammlung jeden zweiten Sonntag i. M. Reisegeheimt bei M. Medel, Deitshheimer Landstr. 6, Ab. 6-8 Uhr.
München. Reisegeheimt bei Kollege Schamburger, Karlstraße 124, 2. Et. r., Ab. 4-6 Uhr. Verkehrslokal für reisende Kollegen in der „Zentralherberge“, Simprunstr. 5. Das städtische Arbeitsamt befindet sich auf der Kohleninsel.
Neumünster. Alle 14 Tage im Lokale „Zum schwarzen Adler“. Reisegeheimt bei Kollege Raabe, Marienauer 22.
Neumünster. Verkehrslokal u. Herberge bei Kollermann, Bönnerstr. Reisegeheimt 7 1/2-8 1/2 Uhr.
Neuburg a. M. Jeden Sonntag, Ab. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gentel. Dasselbst Reisegeheimt.
Offenbach. Reisegeheimt beim Kollegen B. Jöhl, Mittelstraße 36. Arbeitsnachweis das.
Peine. Verkehrslokal bei Chr. Hartenstein, Rosenhagen. Reisegeheimt Ab. 7-8 Uhr.
Binneberg. Jeden ersten Dienstag i. M. in der „Zentralhalle“.
Niedlingen b. Hannover. Sonntags, Ab. 4 Uhr, nach Erscheinen des „Proletarier“ im Lokale „Zum Hühnerhof“.
Schiffbeck. Reisegeheimt an Wochentagen Ab. 7 1/2-8 1/2 Uhr bei C. Eggers, Kahlstedterweg 1.
Schöningen. Nächste Versammlung am 24. Oktober, von da ab alle 14 Tage. Reisegeheimt wird Ab. von 12-1 Uhr und Ab. von 7-9 Uhr bei Joh. Pielisch, Baderstr. 6, ausgehakt.
Sonderburg. Jeden ersten Sonntag i. M. auf der Herberge bei Wader.
Wandbeck. Jeden zweiten Mittwoch i. M. bei Dänke, Sternstr. 27. Reisegeheimt dajelbst.
Wedel. Jeden ersten Sonntag i. M., Ab. 4 Uhr, im Vereinslokale Herberge bei F. Stähler, Ginterstraße. Reisegeheimt bei G. Friebel, Mühlentstraße. Beiträge werden jeden Abend 7 Uhr bei H. Barms, wohnhaft bei J. Erüben, Schulau, und jeden Dienstag bei Heitmann, Dafenstraße, entgegengenommen.
Werdohl i. B. Alle 14 Tage, Sonntags, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale der Wittwe Bölling.
Wilhelmshagen. Jeden zweiten Sonntag i. M. Reisegeheimt bei A. Rielmann, Roth's Haus.
Winterhude-Eppendorf. Jeden dritten Sonntag i. M., Ab. 2 Uhr, bei Herrn Köllner, Lindenhof, Winterhude.
Wolfsbüttel. Jeden zweiten Sonntag i. M. im Lokale des Herrn Arens, Hauptstr. 9.